



Ostschweiz am Sonntag, 09.02.2014

In der nächsten Woche gibt St. Gallen bekannt, wie es mit dem Geothermie-Projekt weitergeht. Ob das Einfluss hat auf die Stellung der Geothermie in der nationalen «Energiestrategie 2050», ist umstritten.

«St. Gallen nicht besonders wichtig»

DANIEL KLINGENBERG

Das Erdbeben beim St.Galler Geothermie-Projekt am 20. Juli 2013 schlug hohe Wellen. Dies nicht nur, weil eine Erdschütterung immer Verunsicherungen auslöst. Sondern auch weil die Geothermie Hoffnungsträger für die Energiewende ist und St.Gallen bis im letzten Juli als Vorzeigeprojekt galt. Noch ist nicht klar, wie es auf dem Bohrplatz neben dem OpenAir-Gelände weitergeht und ob weiterhin Chancen bestehen, dass die Stadt St.Gallen zu wesentlichen Teilen mit Erdwärme geheizt wird. Am kommenden Donnerstag werden die Verantwortlichen informieren.

«Nicht matchentscheidend»

Dabei stellt sich die Frage, ob der Dämpfer im St.Galler Projekt auch einen Einfluss auf die Energiepläne des Bundes hat. Kurz nach dem Erdbeben sagte der grüne Nationalrat Bastien Girod beispielsweise: «Das ist ein klarer Rückschlag für die Geothermie.» Das aber setzte Fragezeichen hinter die Rolle der Geothermie für die Energiewende. Denn die im September 2012 vorgestellte «Energiestrategie 2050» sieht vor, dass in knapp 40 Jahren 4,3 Terawattstunden Strom oder 2,8 Prozent des gesamten Energieverbrauchs des Landes aus Erdwärme kommt. Die Gesetzesvorlage wird derzeit in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) behandelt.

Ein halbes Jahr nach dem Beben relativiert Urek-Mitglied Bastien Girod die Auswirkungen auf die Geothermie-Pläne: «Das ernüchternde Resultat in St. Gallen ist nicht beson-

ders wichtig für die Geothermie in der «Energiestrategie 2050» des Bundes.» Girod misst zudem dem ganzen Zweig keine entscheidende Bedeutung zu. «Die Geothermie ist nicht matchentscheidend bei der Energiewende. Denn die Atomkraftwerke können auch mit Strom aus Sonne, Wind und Biomasse ersetzt werden.»

Ist Geothermie marktreif?

In der «Energiestrategie 2050» sollen für die Geothermie Themen wie Risikogarantien und Einspeisevergütungen in das Stromnetz geregelt werden. Wie die Kommission darin entscheidet, ist noch nicht klar, denn die Urek behandelt diese Traktanden erst nach der Frühjahrssession. Girod rechnet nicht mit Diskussionen: «Ich gehe nicht davon aus, dass es gegen die geplante Einspeisevergütung und die Risikogarantie grossen Widerstand geben wird.»

Die Zukunft der Geothermie-Branche sieht der grüne Nationalrat nicht unbedingt in der Schweiz. «Sinnvoll wäre es, wenn europaweit Standorte evaluiert werden, an denen heisses Wasser verhältnismässig nahe an der Erdoberfläche und genügend weit weg von historischen Zentren angezapft werden kann.»

Christian Wasserfallen von der FDP ist ebenfalls Urek-Mitglied. Er beurteilt die Lage nach dem Geothermie-Beben in St. Gallen etwas anders: «Das ernüchternde Resultat in St. Gallen trägt eher zur Verunsicherung für die unmittelbare Zukunft der Geothermie bei.»

Vor allem aber sieht Wasserfallen die Geothermie-Technik noch nicht

anwendungsreif, was eben auch das Erdbeben in St.Gallen gezeigt hat. «Die Geothermie ist in der Schweiz weder technisch noch wirtschaftlich marktreif.» Statt an verschiedenen Orten Versuche zu starten fordert Wasserfallen zunächst einmal solide Grundlagenarbeit. «Aus meiner Sicht ist die Geothermie im Stadium der Grundlagenforschung und nicht der Anwendung für die Energiegewinnung. Man kann nicht so tun, als ob es nur noch darum ginge, Kraftwerke zu bauen.»

Erst Forschung, dann Gesetze

Christian Wasserfallen ist daher der Meinung, dass die Geothermie gar nicht in der «Energiestrategie 2050» auf Gesetzesesebene behandelt werden sollte. «Aus diesen Überlegungen ist es meiner Meinung nach nicht sinnvoll, auf Energiegesetz-Ebene Einspeisevergütungen gesetzlich zu verankern.» Es gibt für ihn einen Weg, das anders zu machen. «Viel sinnvoller wäre es, auf nationaler Ebene ein koordiniertes Forschungsprogramm im Geothermie-Bereich auf die Beine zu stellen.» Das Parlament habe gerade erst 200 Millionen Franken an Energieforschungsgeldern gesprochen.

Der Berner Nationalrat stellt zudem Doppelspurigkeiten fest. «Derzeit läuft bei der Geothermie zu vieles parallel. So hat beispielsweise die Nagra am meisten Wissen über den Untergrund in der Schweiz, ist aber nicht in die Geothermie-Forschung eingebunden.»